

Unsere Forderungen im Überblick

- » Wir wollen die Finanzautonomie der Kommunen stärken.
- » Wir lehnen neue Schulden ab. Mehr Schulden heißt, mehr Steuern für zukünftige Generationen.
- » Den Solidaritätszuschlag wollen wir - wie von der Politik versprochen - 2019 auslaufen lassen.
- » Wir fordern eine Veränderung des Kommunalen Finanzausgleichs, da er erfolgreiche und sparsame Kommunen bestraft und eine Steuererhöhungsspirale auslöst.
- » Es darf keine weiteren Erhöhungen der Grunderwerb- und Grundsteuer vonseiten der Landesregierung geben.
- » Das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, der bezahlt.“) wollen wir umsetzen.
- » Wir unterstützen jede Form der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit.

Haben Sie Vorschläge, wo der Staat einsparen oder wo er effizienter agieren kann? Kennen Sie gar Beispiele, wo Geld verschwendet wird? Treten Sie mit uns in Kontakt - wir freuen uns auf die Diskussion.

www.fdp-hessen.de/thema/solidefinanzen



Impressum

FDP Landesverband Hessen
Adolfsallee 11
65185 Wiesbaden

 facebook.com/FDPHessen

 twitter.com/fdphessen

www.fdp-hessen.de
hessen@fdp.de
Tel.: 0611 999060

Freie Demokraten

Hessen **FDP**

Geben wir nur aus,
was wir einnehmen:
für eine Politik,
die rechnen kann.

Lasst es uns anpacken!



Respekt für Ihre Leistung

Wer neue Ideen entwickelt, mit Mut Risiko auf sich nimmt und hohen Einsatz zeigt, der soll auch davon profitieren. Wenn Politik den Respekt vor Eigentum verliert, demotiviert sie Menschen.

Wir brauchen ein neues Bewusstsein in Deutschland, das die Leistung des Einzelnen wieder anerkennt.

Der Staat soll nicht das Maximum an Steuern kassieren, das dem Bürger gerade noch abgenommen werden kann, sondern maßvoll genau so viel, wie er für seine eigentlichen Aufgaben braucht.

Den Haushalt sanieren

Ein Staat, der dauerhaft über seine Verhältnisse lebt, vergreift sich am Wohlstand künftiger Generationen. Daher gilt: Nur wenn wir sparsam sind, schaffen wir es, keine weiteren Schuldenberge aufzutürmen und können alte abbauen.

Wir denken in Generationen, nicht in Amtsperioden.

Mit einem noch tieferen Griff in die Tasche des Bürgers wird uns die Haushaltssanierung in den Kommunen nicht gelingen. Im Gegenteil: Grundsteuern belasten Eigentümer und Mieter. Gewerbesteuern entziehen den Unternehmen – besonders dem Mittelstand – Kapital für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir sprechen uns daher klar gegen Steuererhöhungen aus!

Deshalb wollen wir schlanke und effiziente Verwaltungen. Alle Auf- und Ausgaben müssen kritisch hinterfragt werden. Wir wissen: Nicht alles was politisch wünschenswert ist, ist auch finanzierbar.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Wir Freien Demokraten wollen den Kommunen mehr Selbstständigkeit geben, indem wir die Entscheidungskompetenz auf der Einnahmen- und Ausgabenseite stärken. Deshalb sprechen wir uns für eine Neuordnung der Finanzstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen aus.

Wir wollen dem Subsidiaritäts- und dem Konnexitätsprinzip mehr Leben geben, d.h. staatliche Aufgaben sollen, soweit dies möglich ist, von der untersten Ebene – also den Kommunen vor Ort – wahrgenommen werden. Wenn Aufgaben vom Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen diese auch die entstehenden Kosten der Kommunen übernehmen. Es muss gelten: „Wer bestellt, der bezahlt“.

